

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Peter Bachmaier: Metamorphose des Staatssozialismus**
- **Karin Leukefeld: Ceasar-Gesetz: USA wollen Syrien mit verschärften Sanktionen in die Knie zwingen**
- **Neue unilaterale Sanktionen gegen Syrien**
- **Philip M. Giraldi: ... außerhalb der Rechtsstaatlichkeit: Washington (und) der Internationale Strafgerichtshof**
- **Bolle Selke: Interview: US-Truppenabzug "eine Wohltat für die Bevölkerung"**
- **Thomas Röper: Russland hat keine aggressiven Absichten – ... die wahren Gründe der US-Politik**
- **pax christi: Beitritt zu Atomwaffenverbotsvertrag !**
- **Gert Ewen Ungar: Neue Sicherheitspolitik der Grünen: ..**
- **Thierry Meyssan: Washington gründet eine transatlantische Parlamentsfraktion gegen Peking**
- **Alexander Wendt: Eine Abweichlerin wird entsorgt**
- **Oliver Haffner: Wackersdorf (Film)**
- **Lili Fuhr: ... Unterminierung eines UN-Prozesses zur Regulierung dieser gefährlichen Biotechnologie**
- **Stephan Hebel: Arzt erhebt schwere Vorwürfe gegen Jens Spahn: "Bevölkerung ... in die Irre geführt"**
- **Britta Fecke: "Beziehungsmedizin" statt Fallpauschalen**
- **Jochen Krautz & Matthias Burchardt: Die zweite Welle: Das Digital-Mentalvirus breitet sich aus**
- **Swiss Policy Research: Corona-App: "Ein eklatanter Betrug"**

Zitat des Monats von [Paul Valéry](#):

Wer den Gedanken nicht angreifen kann, greift den Denkenden an.

Editorial

Am Anfang dieser Ausgabe steht ein Bericht über die **Kulturpolitik Bulgariens** während des Sozialismus und der Zeit danach. Wohl nur Wenige wissen, dass es im sozialistischen Bulgarien eine sehr eigenständige und vor allem am deutschen Idealismus orientierte, gesellschaftlich verankerte Kulturförderung gegeben hat, die nach der Wende weitgehend nach EU-Vorgaben neoliberal ausgerichtet ist.

Mithilfe von **Wirtschaftssanktionen** erhoffen sich USA und EU Hungerrevolten gegen Assad; das schildern Karin Leukefeld und German-Foreign-Policy in ihren Beiträgen. Dass sich die USA bei den dafür betriebenen Sanktionen nicht um die **internationale Strafgerichtsbarkeit** und um das Völkerrecht kümmern, wird in Beiträgen von Philip Giraldi und Prof. Köchler dargestellt.

Die **US-Militärpräsenz in Deutschland** zu verringern, bezeichnet Thomas Hartmann als Wohltat, was auch durch das von Thomas Röper referierte Strategiepapier eines maßgeblichen US-Thinktanks bestätigt wird: Darin wird deutlich dargestellt, dass **Russland** keine aggressiven Absichten gegen den Westen habe.

Da ist es nur folgerichtig, dass Pax Christi den Beitritt Deutschlands zum **Atomwaffenverbotsvertrag** fordert, während von der Partei der Grünen gemäß einer Analyse von Gert Ewen Ungar schon lange keine Friedensimpulse mehr zu erwarten sind.

Thierry Meyssan berichtet von einer interparlamentarischen atlantischen Allianz, der auch Vertreter aus Deutschland angehören und die sich als antichinesische Lobbygruppe **jenseits demokratischer Legitimation** gebildet hat. Ebenso undemokratisch ist der Ausschluss einer politischen "Abweichlerin" aus einem parlamentarischen Sachverständigenrat, der sich ein Vetorecht gegen die Gesetzgebung des Bundestages anmaßen will. Wie demokratische Prozesse auch funktionieren können, zeigt ein sehenswerter Film über den Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage **Wackersdorf** in den 1980er Jahren.

Mit dem **Schutz von Umwelt und Gesundheit** befassen sich drei weitere Beiträge: Lilly Fuhr schildert kritisch die Lobbyarbeit zugunsten von gentechnischen Veränderungen. Stephan Hebel kritisiert die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und Giovanni Maio findet, dass es gerade bei der medizinischen Versorgung auf persönliche Beziehungen ankommt.

Abschließend schildern Jochen Krautz und Matthias Burchardt, dass **bei der auch durch Covid-19 forcierten Digitalisierung** in den Schulen nicht nur Bildung verlorengelht, sondern auch massive Datenschutzprobleme geschaffen werden. Swiss Policy Research weist bei der Corona-App der Schweiz nach, dass die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten werden.

[Inhalt](#) ↑

● Peter Bachmaier: **Die Metamorphose des Staatssozialismus**

Aus Anlass des 30. Jahrestages der Auflösung des "Ostblocks" möchte der Autor zeigen, dass die Volksrepublik Bulgarien (VRB) mit dem Begriff "Totalitarismus" nicht adäquat bezeichnet werden kann.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Bulgarien ein repressives kommunistisches Regime eingerichtet, mit Hinrichtungen, Schauprozessen, Straflagern, Zensur. etc.. Aber von 1956

bis 1989 kam es zu einer gewissen Normalisierung des täglichen Lebens: Auch wenn das politische Monopol der Kommunisten bestehen blieb, kam es zu einer [Wiederherstellung der traditionellen Ethik](#) und zu Ansätzen eines "sittlichen Staates". Bulgarien nahm einen kulturellen Aufschwung, der nicht von der Sowjetunion gesteuert war. Im Gegensatz zu dem "Nihilismus", der sich im Westen ausbreitete, ging es in Bulgarien um die Bewahrung der Nationalkultur unter Berufung auf die literarische und philosophische Klassik als Fundament der Sittlichkeit; dabei wird u.a. auch Friedrich Schiller sehr gewürdigt. Die orthodoxe Kirche wurde für autonom erklärt.

Aber der bekämpfte Modernismus der westlichen Kultur fand in den achtziger Jahren bei der bulgarischen Jugend zunehmend Einfluss. Die herausragende Rolle Bulgariens im sowjetischen Geistesleben ging in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre u.a. durch den westlichen Einfluss auf das Konsumverhalten, die Mode, die Kunst, die Kulturverbände und die Jugend verloren.

Ab 1990 wurde in Bulgarien ein von US-Ökonomen vorgelegtes neoliberales Projekt durchgeführt. In dessen Rahmen wurde die Kultur entideologisiert, dezentralisiert und ökonomisiert. Das Bildungsmonopol des Staates wurde abgeschafft und die staatliche Ideologie in diesem Bereich beseitigt. Auch die Kunst wurde nach dem wirtschaftlichen Ergebnis beurteilt. Die Volksbildung wurde unter Einfluss von IWF und Weltbank auf den Markt orientiert und privatisiert. Seit dem Beitritt zur EU werden audiovisuelle Medien, "Bildungswesen und Berufsschulbildung" ausgerichtet auf hierfür relevante EU-Programme.

Aber auch wenn die finanziellen Mittel für die Kultur drastisch zurückgegangen sind, spielt Kultur in Bulgarien weiterhin eine große Rolle. Die letzten Regierungen haben die Bedeutung der einheimischen Kultur wiedererkannt und wollen diese im europäischen Kontext stärken.

Peter Bachmaier; [Historiker und Politologe](#), 1972–2005 Mitarbeiter und Abteilungsleiter des Österreichischen Ost- und Südeuropainstituts, Vizepräsident des Europäisch-Russischen Vereins für Internationale Kooperation, Präsident der [Österr.-Weißrussischen Gesellschaft](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Ceasar-Gesetz: USA wollen Syrien mit verschärften Sanktionen in die Knie zwingen**

Auch wenn das Ceasar-Gesetz offiziell zum Schutz der syrischen Bevölkerung beschlossen wurde, haben die damit vom Westen gegen Syrien zusätzlich verhängten Sanktionen [verheerende Konsequenzen für die Zivilbevölkerung und die Wirtschaft Syriens](#), des Iraks, Jordaniens und Libanons. Mit dem verhängten Sanktionsregime soll die Bevölkerung gegen die Assad-Regierung aufgebracht werden, deren Sturz mit militärischen Mitteln nicht gelang. Leukefeld beschreibt die Auswirkungen der Sanktionen auf Wirtschaft, Landwirtschaft und Gesundheitswesen Syriens.

Unbeeindruckt bekräftigt der Iran, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit Syrien zu vertiefen. Zudem soll ein weiteres Treffen im Rahmen des Astana-Formats mit Russland und der Türkei vorbereitet werden. International werden die einseitig verhängten Wirtschaftssanktionen der EU und der US-Administration kritisiert. Russland und China forderten im UN-Sicherheitsrat die Aufhebung der Sanktionen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Neue unilaterale Sanktionen gegen Syrien**

Nach der Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Syrien und [vor dem Inkrafttreten weiterer US-Zwangsmaßnahmen spekulieren westliche Außenpolitiker auf Hungerrevolten gegen die Regierung in Damaskus](#). Tatsächlich verschlimmern die Sanktionen, die Brüssel und Washington verhängt haben, die Lage der syrischen Bevölkerung bereits seit Jahren. Schon 2015 urteilten

Experten, sie hätten "die Brutalität" des Syrienkriegs "vielfach verschärft". Der 'European Council on Foreign Relations' stufte die transatlantischen Zwangsmaßnahmen 2019 als "Politik der verbrannten Erde" ein. Die EU hat ihre Sanktionen zuletzt Ende Mai verlängert, obwohl mehrere UN-Stellen mit Blick auf die Covid-19-Pandemie forderten, sie aufzuheben oder zumindest abzuschwächen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Die scharfen unilateralen Sanktionen der USA und der EU sind illegal, werden aber Mitte Juni noch verschärft. Zudem haben die Dschihadisten im Norden und die US-Truppen im Süden begonnen, Felder koordiniert in Brand zu setzen. Syrien hat eine Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat eingereicht. Das syrische Pfund ist auf dem Devisenmarkt zusammengebrochen. Seit dem 09.06.2020 [kommt es zu Protesten mit der Forderung nach Nahrung](#). Trotz kurzfristiger Hilfe durch Russland und eines mittelfristig angelegten Plans zur Selbstversorgung wird die Zeit für die syrische Führung knapp, um mittelfristig Hungersnöte zu vermeiden.

Die verschärfte Wirtschaftskrise Syriens hat laut Christian Weisflog (NZZ) drei Ursachen: die harten US-Sanktionen gegen Iran, der libanesische Staatsbankrott und die Corona-Pandemie. Der Hauptgrund für die rasante Talfahrt der syrischen Währung dürfte demnach die Krise in Libanon sein. [Mit dem Kollabieren des libanesischen Finanzsystems brach der Nachschub von Gütern und Devisen nach Syrien ein](#). Auch die 1,5 Millionen syrischen Flüchtlinge in Libanon sind betroffen, weil dadurch viele von ihnen ihre Arbeit verloren. Damit reduzieren sich die Überweisungen an ihre Verwandten zu Hause.

[Inhalt](#) ↑

- Philip M. Giraldi: **Handeln außerhalb der Rechtsstaatlichkeit: Washington setzt den Internationalen Strafgerichtshof unter Druck**

Die USA führen einen verheerenden Wirtschaftskrieg gegen den Iran und Venezuela, während sie gleichzeitig China für eine globale Gesundheitskrise verantwortlich machen, zu deren Bewältigung sie aufgrund ihres Austritts aus der WHO nicht bereit sind. Die einzige Organisation, die sich mit Fragen wie aggressiven Kriegen und ethnischen Säuberungen befassen kann, der [Internationale Strafgerichtshof \(IStGH\) in Den Haag, wurde von Washington als auch von Jerusalem nicht anerkannt und zudem ins Visier genommen](#), um ihm in Situationen, in denen eines der beiden Länder involviert ist, jegliche Gerichtsbarkeit zu verweigern. Der US-Außenminister behauptet, der IStGH sei ein politisches Organ, keine legitime Justizinstitution und beschuldigt Chefanklägerin Fatou Bensouda, böswillig "israelische Kriegsverbrechen in Gaza, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem" zu untersuchen. Aber Bensouda, die sich in der Vergangenheit vor einer Konfrontation mit Israel scheute, fährt jetzt Berichten zufolge mit der Bearbeitung der palästinensischen Beschwerde fort.

Die Gemeinsame Erklärung, die 67 Mitgliedsstaaten des IStGH als Antwort auf Präsident Trumps "Executive Order" veröffentlicht haben, betont, dass ein [ständiger internationaler Strafgerichtshof "ein wesentliches Element"](#) der multilateralen Architektur zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit ist". Dies wird nach Prof. Hans Köchler nur dann Realität werden, wenn alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und andere mächtige Staaten dem Gerichtshof beitreten. Solange dies nicht der Fall ist, können nach Köchler einflussreiche Nichtvertragsstaaten die Durchsetzung nationaler Interessen auch weiterhin über die Rechtsstaatlichkeit stellen.

Philip M. Giraldi, Jg. 1946, ist Exekutivdirektor des Council for the National Interest, einer Bildungsstiftung, die eine stärker interessenorientierte US-Außenpolitik im Nahen Osten anstrebt. Er war CIA-Spezialist für Terrorismusbekämpfung und Offizier der Defense Intelligence Agency. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bolle Selke: **Interview: US-Truppenabzug “eine Wohltat für die Bevölkerung“**

Der Freidenker Klaus Hartmann kommentiert die Pläne von US-Präsident Donald Trump, ein [Teil der in Deutschland stationierten US-Truppen abzuziehen](#), aber auch die Reaktionen darauf. Hartmann sieht die nicht überraschenden Pläne positiv aus der Sicht der Friedensbewegung. Den Widerstand in den politischen Parteien, mit Ausnahme der Grünen überrascht ihn nicht; erhellend findet er die Äußerungen von Politikern und Medien. Falls die USA die aus Deutschland abziehenden Truppen nach Polen verlegen wollen, sei dies ein klarer Bruch der ‘NATO-Russland-Akte’. Hinsichtlich der Arbeitsplätze an den bisherigen Stationierungsorten sieht Hartmann kaum negative Aspekte, da die meisten Arbeiten und Zivilaufgaben von US-Personal geleistet werden. Die Ökologie werde von einem Abzug nur profitieren. Hartmann erinnert auch an den vor 10 Jahren erfolgten Bundestagsbeschluss, dass die USA ihre in Deutschland gelagerten Atombomben abziehen sollen; dieser Beschluss sei von der Bundesregierung hintertrieben worden.

“Um dem ganzen Spuk ein Ende zu setzen – Deutschland als Aufmarsch-Gebiet gegen Russland, atomare Massenvernichtungswaffen auf deutschem Boden, Kriegsdrehscheibe in Ramstein –, hilft nur, den Truppenstationierungsvertrag zu kündigen! Juristisch ist das kein Problem, die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre.“ Jetzt müsse “nur noch“ politischer Druck entwickelt werden.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen zehn Jahren [fast eine Milliarde Euro für die Stationierung von US-Truppen](#) in Deutschland gezahlt. Davon entfielen etwa zwei Drittel auf Baumaßnahmen und etwa ein Drittel auf sogenannte Verteidigungsfolgekosten.

[In Rheinland-Pfalz arbeiten neben ca. 18'500 Militärangehörigen](#) ca. 12'000 US-Zivilbeschäftigte und ca. 7'200 deutsche Zivilangestellte an den US-Standorten.

Laut dem gestern publizierten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2019 hat die Regierung deutschen Waffenschmieden [im vergangenen Jahr die Ausfuhr von Kriegsgerät im Wert von über 8 Mrd. Euro genehmigt](#) – mehr denn je seit Beginn der Publikation von Rüstungsexportberichten im Jahr 1999. Zwei der drei Top-Empfänger deutscher Rüstungsgüter sind Staaten, in denen Militärs die Regierung kontrollieren und Proteste von Oppositionellen teils blutig niederschlagen; beide sind traditionell gute Kunden deutscher Rüstungsfirmen. Rüstungskäufe im Wert von über einer Viertelmilliarde Euro hat die Bundesrepublik zudem den Vereinigten Arabischen Emiraten genehmigt, die nicht nur im Jemen Krieg führen, sondern auch den Libyenkrieg mit umfangreichen Waffenlieferungen befeuern. Eine erhebliche Menge an Kriegsgerät darf zudem an Rivalen Chinas geliefert werden. Wieder im Aufschwung befindet sich nicht zuletzt der deutsche Kleinwaffenexport.

[Klaus Hartmann](#), Jg. 1954, ist Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes, Präsident der Weltunion der Freidenker, aktiv in der Friedens- und Solidaritätsbewegung; schreibt regelmäßig für das Verbandsorgan "Freidenker" und andere Medien und ist Herausgeber diverser Bücher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Russland hat keine aggressiven Absichten – US-Strategiepapier erklärt die wahren Gründe der US-Politik**

2019 ist in den USA ein sehr aufschlussreiches Strategiepapier der Denkfabrik ‘RAND Corporation’ erschienen. Die 1948 gegründete Organisation berät vor allem die US-Armee und hat 1972 die Strategie erarbeitet, wie der Kalte Krieg zu gewinnen wäre – und er wurde nach dieser Strategie gewonnen: Die Sowjetunion wurde in ein Wettüben getrieben und gleichzeitig wurden seine Einnahmen durch Senken des Ölpreises gemindert. In den USA wird sehr offen gesagt, was hierzulande als “Verschwörungstheorie“ bezeichnet wird, nämlich dass die USA Russland in die Knie zwingen wollen, obwohl Russland keinerlei aggressive Absichten hat.

Das Strategiepapier von 2019 hat den Titel [“Russland überdehnen und aus der Balance bringen“](#). In dem Papier wird offen ausgesprochen, dass Russland keine militärische Parität mit

den USA und auf einige US-Militäraktionen gar nicht reagieren könnte. Zur Schwächung Russlands wird vorgeschlagen, die Öl- und Gasproduktion zu erhöhen, Russland vom europäischen Markt zu verdrängen, optional weitere Sanktionen einzusetzen. Außerdem sind Maßnahmen angedacht wie, mit tödlichen Waffen den Konflikt in der Ukraine moderat anzuheizen, die (islamistischen) Rebellen in Syrien stärker zu unterstützen und Weißrussland zu liberalisieren. RAND empfiehlt desweiteren Maßnahmen, die das Vertrauen der Russen in Wahlen untergraben sollen, die Korruptionsskandale in Russland thematisieren sollen und Proteste in Russland anfachen sollen. Um Russlands Ansehen zu schädigen, sei zu behaupten, "das Regime wolle Russland zu alter Größe zurückführen"; zudem sei Russland aus internationalen Organisationen auszuschließen und Großereignisse in Russland sollten vom Westen boykottiert werden. Auch solle die NATO mehr Manöver an Russlands Grenzen abhalten, auch wenn der Nutzen gering und die Kosten für den Westen hoch seien.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- pax christi: **Beitritt zu Atomwaffenverbotsvertrag gefordert**

In einer Videobotschaft bekräftigte der Präsident der deutschen pax-christi-Sektion Peter Kohlgraf, die [Forderung von 'pax christi' nach dem Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag](#), um so einen Beitrag zu einer dauerhaften internationalen Friedensordnung zu leisten. "Gemeinsam machen wir uns stark für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Die Idee der Sicherheit durch Abschreckung und die falschen Hoffnungen, die in die nukleare Teilhabe gesetzt werden, müssen endlich überwunden werden. Das gilt aktuell besonders wieder in diesen Tagen, in denen vom Heraufziehen eines neuen 'Kalten Krieges' zwischen den Großmächten USA und China gesprochen wird und auch andere Großmächte aufrüsten."

[Pax Christi](#) ist eine gemeinnützige, nichtstaatliche katholische Friedensbewegung, die auf globaler Ebene arbeitet. Zu ihren Themen gehören Menschenrechte, menschliche Sicherheit, Abrüstung, Entmilitarisierung, gerechte Weltordnung, Religion und Gewaltkonflikt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gert Ewen Ungar: **Neue Sicherheitspolitik der Grünen: Völkerrecht dann beachten, wenn es deutschen Interessen dient**

Unter Heranziehen von Unterlagen der Heinrich-Böll-Stiftung und Ausarbeitungen von 'German-Foreign-Policy' hat sich Gert Ewen Ungar mit den derzeitigen partei-internen Diskussionen der Grünen zur Außen- und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. Schlussfolgernd stellt er fest: "Friedenspolitische Impulse wird man daher von den Grünen in Zukunft nicht erwarten können. Im Gegenteil ist absehbar, dass sich die Partei wie keine andere einigelt in ihre Filterblase, die parteiintern geführten Diskussionen auf einen engen Korridor der Meinungen begrenzt bleiben, deren Annahmen nicht auf ihren Faktengehalt überprüft werden. [Der Kriegskurs der Grünen ist in ihrer Struktur inzwischen systemisch angelegt](#) und wird fortgesetzt werden. Als Friedenspartei sind die Grünen längst im von ihnen selbst angezettelten Chaos des Krieges umgekommen."

[Gert-Ewen Ungar](#), Jg. 1969, studierte in Frankfurt am Main Philosophie und Germanistik, lebt jetzt in Berlin und arbeitet als Pädagoge in der Sozialpsychiatrie. Seit 2014 absolviert er regelmäßig Reisen nach Russland und berichtet über seine dortigen Erfahrungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thierry Meyssan: **Washington gründet eine transatlantische Parlamentsfraktion gegen Peking**

Die US-Senatoren Marco Rubio (Republikaner) und Bob Menendez (Demokrat) [gründeten eine atlantische Parlamentsfraktion, die 'Interparlamentarische Allianz gegen China'](#) (Inter-Parliamentary Alliance on China - IPAC). Sie umfasst mehr als 100 Vertreter aus 12 Ländern (USA, Kanada, Australien, Japan, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Italien, Schweden, Norwegen, Niederlande, Tschechische Republik und Litauen) sowie das EU-Parlament. Der Entwurf dieser entschieden antichinesischen Lobbygruppe wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz vorgestellt. Ihr 'Beratender Ausschuss' besteht laut voltage.net aus Gegnern aus Hongkong und dem ehemaligen Leiter der chinesischen Politik der Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush und soll die antichinesische US-Politik bei nationalen Parlamenten und der EU besser durchsetzen helfen.

[Thierry Meyssan, Jg. 1957](#), französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Wendt: **Eine Abweichlerin wird entsorgt**

Es gibt offensichtlich Kreise, die den bundesdeutschen Parlamentarismus "weiterentwickeln" wollen. So schlug ein Papier des 'Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung globale Umweltveränderungen' (WBGU) 2016 zur Förderung der "großen Transformation" (d.h. "Dekarbonisierung") vor, "das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative 'Zukunftskammer' zu erweitern, die in den relevanten Politikagenden gehört werden muss und gegebenenfalls ein aufschiebendes Veto einlegen kann." Heute sieht der 'Sachverständigenrat für Umweltfragen' (SRU), der die Bundesregierung wissenschaftlich beraten soll, die Notwendigkeit, einen ['Rat für Generationengerechtigkeit' einzurichten, der ein unbeschränktes Vetorecht im Gesetzgebungsverfahren des Bundestages erhalten soll](#). Mit der Androhung eines solchen Vetos und das folgende Medienecho soll politischer Druck auf die Parlamentarier im Sinne der Generationengerechtigkeit ausgeübt werden. Aber solch eine Transformation zu einer "Pressionsdemokratie" über nicht vom Wähler legitimierte Sonderinstitutionen ist nach Art. 20 GG nicht zulässig.

Die Empfehlung des SRU enthält allerdings ein Sondervotum der Wissenschaftlerin Lamia Messari-Becker, die feststellt, dass der Vorschlag nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Folge: Frau Messari-Becker wird in Zukunft dem SRU nicht mehr angehören. Dissidenten werden mundtot gemacht, ohne eine Begründung der zuständigen Bundesumweltministerin Senja Schulze.

[Alexander Wendt, Jg. 1966](#), seit 1989 Journalist und Autor u.a. bei Stern, Tagesspiegel, Wirtschaftswoche und Focus. Er gründete 2017 die Online-Magazin [Publico](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Oliver Haffner: **Wackersdorf (Film)**

Der [Film "Wackersdorf"](#) (1h45) stellt dar, wie in den 80er Jahren dem Landrat Hans Schuierer nach anfänglicher Befürwortung des Baus der Arbeitsplätze versprechenden atomaren Wiederaufbereitungsanlage zunehmend Zweifel an dem Projekt kommen. Nachdem er erkennt, dass ihm anfänglich nicht die Wahrheit gesagt wurde und dass die Landesregierung zur Durchsetzung des Projekts auch vor Gesetzesbruch nicht zurückschreckte, informiert er sich auch privat über die Atomenergie. Darüber wird Schuierer zum entschiedenen und unbeugsamen

Gegner des Projektes und hat Einiges auszuhalten. Zwei Jahre nach dem GAU in Tschernobyl wird der mit Polizeigewalt durchgesetzte Bau der WAA in Wackersdorf eingestellt.

[Oliver Haffner](#), Jg. 1974, studierte Politikwissenschaften in München und Theaterregie am Wiener Max-Reinhardt-Seminar. Er ist ein deutscher Film- und Theater-Regisseur und Drehbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Lili Fuhr: Interne Emails belegen gezielte Lobbystrategie zur Unterminierung eines UN-Prozesses zur Regulierung dieser gefährlichen Biotechnologie**

Die sogenannten "Gene Drive Files" (über 1'200 e-Mails) belegen, dass die 'Bill and Melinda Gates Foundation' eine private Agrar- und Biotech-PR-Firma damit beauftragt hat, [heimlich einen wichtigen UN-Prozess zum Thema "Synthetische Biologie" zu unterwandern](#). Der Prozess befasst sich explizit mit der möglichen Regulierung der Gene-Drive-Technologie, also der gentechnischen Veränderung der DNA eines Organismus mittels Gen-Schere. Die "Gene Drive Files" belegen auch ähnliche Bemühungen einer anerkannten Biotech-Lobbygruppe zur Beeinflussung von Regierungsvertretern aus Kanada, Großbritannien, Brasilien, USA und den Niederlanden im selben UN-Prozess, der sich für ein Moratorium der Gene-Drive-Technologie und damit gegen eine Freisetzung von genmanipulierten Organismen einsetzt. Die "Gene Drive Files" belegen ebenfalls eine führende Rolle des US-Militärs bei der internationalen Entwicklung der Gene-Drive-Technologie, aber auch das Interesse von Monsanto an dieser Technologie.

[Lili Fuhr](#), Jg. 1980, studierte Geographie, Politikwissenschaft, Soziologie und Afrikanistik und ist seit September 2008 Referentin für Internationale Umweltpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung mit den Arbeitsschwerpunkten internationale Klima- und Ressourcenpolitik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Stephan Hebel: Arzt erhebt schwere Vorwürfe gegen Jens Spahn: "Bevölkerung immer wieder in die Irre geführt"**

Der Arzt Bernd Hontschik kritisiert, dass das Gesundheitswesen immer mehr ökonomisiert wird, dass Dividenden aus den Krankenkassenbeiträgen der Solidargemeinschaft generiert werden. Statt vorzuschauen, vorzusorgen und Vorbereitungen auf das Leben mit dem Virus zu treffen, habe die Regierung Kinder und alte Menschen zu den größten Verlierern gemacht. Es dürfe nie wieder vorkommen, dass wirtschaftliche Überlegungen die Medizin an die Wand drücken. "[Die Daseinsvorsorge gehört in die Hand des Staates](#)" (auch die Pharmaforschung). "Private Klinikkonzerne sind zu enteignen und durch Rückkauf zu entschädigen. Im Gesundheitswesen müssen alle Gewinne im System bleiben, statt an der Börse zu landen. Flächentarifverträge wären wieder überall gültig, ärztliches und Pflegepersonal könnte endlich mit guten Arbeitsbedingungen rechnen." Zudem sei eine Bürgerversicherung mit solidarischer Finanzierung einzuführen. Und: Die Trennung der stationären von der ambulanten medizinischen Versorgung sei zu beenden. Die Finanzierung habe nicht nach Fällen, sondern für die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags zu erfolgen. Die Arzneiproduktion müsse nach Europa zurückgeholt werden. Hontschik glaubt, dass seine Sicht von der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. – *Mit einer solidarischen Krankenversicherung kann ein wichtiger Schritt getan werden, aber es kommt sehr auf deren Ausgestaltung und auch auf die Vergütung der medizinischen Leistungen aus solch einer Versicherung heraus an.* (Red.)

Bernd Duschner von `Freundschaft mit Valjevo e.V.` , unterstützt die Sicht von Hontschik hinsichtlich der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Duschner kritisiert auch die Angstmacherei und die vielen Entscheidungen, die [im Schatten der Corona-Krise ohne Einbinden der Öffentlichkeit](#) getroffen werden. Er kann deshalb nicht akzeptieren, dass den Bürgern seit Monaten "generell die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen, Informationsständen und die

Verbreitung der eigenen Meinung mit Flugblättern untersagt [wird]. Genau aus diesen Gründen sind Proteste notwendig, soll unsere Demokratie erhalten und eine Rückkehr in den Obrigkeitsstaat verhindert werden.“

[Stephan Hebel](#), Jg. 1956, ist Leitartikler und Autor Frankfurter Rundschau. Er diskutiert regelmäßig im Presseclub der ARD und ist ständiges Mitglied in der Jury für das Unwort des Jahres. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Britta Fecke: Interview: “Beziehungsmedizin“ statt Fallpauschalen**

Für Giovanni Maio wurde mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens am falschen Ende gespart. Man hat nicht am Vernünftigen, sondern am Personal und an der Kontaktzeit gespart. Im Grunde wurde die Zeit verknappt und auf diese Weise Stress hervorgerufen. Hierbei haben insbesondere die Fallpauschalen eine führende Rolle gespielt. Maio hofft, dass man infolge von Corona wieder von dem Rentabilitätskalkül ablassen und Fehlanreize eliminieren kann. “Ich finde, man muss einen [Anreiz für eine Beziehungsmedizin, für eine sprechende Medizin, für eine Medizin der Begleitung und der Betreuung](#) etablieren“ Krankenhäuser müssen zur Versorgung der Menschen gehalten und von den Krankenkassen und dem Staat finanziert werden.

Britta Fecke, Jg. 1982, ist Journalistin und Moderatorin beim Deutschlandfunk. (Red.)

[Giovanni Maio](#), Jg. 1964, ist Mediziner, Philosoph; seit 2005 Universitätsprofessor für Bioethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jochen Krautz & Matthias Burchardt: Die zweite Welle: Das Digital-Mentalvirus breitet sich aus**

Die Covid-19-Pandemie und Schulschließungen führen seit März 2020 notgedrungen zu Fernunterricht und dem verstärkten Einsatz digitaler Techniken. Um diese Entwicklung zu verstetigen, hat die Gesellschaft für Informatik gemeinsam mit IT- und Wirtschaftsvertretern und Lehrerverbänden die “Offensive Digitale Schultransformation“ (#OdigS) gestartet. Bei der Transformation geht es den IT-Verbänden nicht um eine “Eins-zu-Eins-Übertragung des Analogen ins Digitale“; vielmehr sollen Lernstrukturen und -prozesse neu gedacht und IT-konform weiterentwickelt und auf die zukünftige Arbeitswelt ausgerichtet werden.

Dabei geht die fachliche und demokratische Legitimation als auch der Datenschutz verloren. Im Unterschied zu diesen Zielen der IT-Industrie darf es für Jochen Krautz und Matthias Burchardt bei der Optimierung technischer Systeme [nur um die individuelle Entwicklung als autonome Persönlichkeit gehen](#), nicht um Sammeln von Daten über Persönlichkeits- und Leistungsprofile. Nur durch sparsames und dezentralisiertes Speichern von Daten unter der Hoheit des Nutzers können Rechner und Software wieder zu Werkzeugen der beruflichen wie privaten Kommunikation und Unterhaltung werden, die auch als Medien im Unterricht nutzbar sind.

[Jochen Krautz](#), Jg. 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften, promovierte in Kunstpädagogik; von 2008 bis 2013 Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; seit 2010 Beiratsmitglied in der ‘Gesellschaft für Bildung und Wissen’. (Red.)

[Matthias Burchardt](#) Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der ‘Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.’; entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- ‘Swiss Policy Research’: **Corona-App: ”Ein eklatanter Betrug”**

Während Politik und Medien weiterhin nicht offen kommunizieren, veröffentlicht ‘Swiss Policy Research’ [Auszüge aus der vernichtenden Analyse](#) von EPFL(*)-Informatik-Professor Serge Vaudenay zur Intransparenz und den Sicherheitsrisiken der “dezentralen” Kontaktverfolgung durch das DP3T-System(**). Die in der Vaudenay-Analyse erwähnte, nicht-einsehbare Schnittstelle zur Kontaktverfolgung wurde von Google und Apple inzwischen in drei Milliarden Mobiltelefone integriert. Das System sei undurchsichtig und bei Google-Apple-Services zentralisiert. “Um das Problem zu umgehen, dass GAEN (die Google-Apple-Schnittstelle) keinen verfügbaren Quellcode hat, obwohl das Gesetz für alle Komponenten einen Quellcode vorschreibt, erließ der Bundesrat eine Verordnung, die alle Komponenten aufzählt, aber in der GAEN nicht enthalten ist.“ Dieser Ausschluss umgehe das Gesetz und sei nicht zu rechtfertigen, da GAEN nicht Teil des Betriebssystems und der Schnittstellen für die Kommunikation sei. Die Analyse ist von weltweiter Bedeutung, da das Schweizer Protokoll durch Google und Apple zum globalen Standard wurde. Da die Analyse durch die nationale Behörde nicht veröffentlicht worden sei, legt ‘Swiss Policy Research’ den Bericht und eine deutsche Zusammenfassung auf ihrer Internetseite offen.

(*) EPFL steht für “*École Polytechnique Fédérale de Lausanne*“. (**) DP3T steht für “*Decentralised Privacy-Preserving Proximity Tracing*” (Red.)

[Swiss Policy Research](#), ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien, erstellt alle Studien und Beiträge durch eine politisch und publizistisch unabhängige Forschungsgruppe, ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑